

Lösch, Dieter

Article — Digitized Version

Ein Marshallplan für die UdSSR?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Lösch, Dieter (1990) : Ein Marshallplan für die UdSSR?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 70, Iss. 7, pp. 332-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136651>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Sowohl die amerikanische Ablehnung eines umfänglichen Finanzhilfeprogramms für die Sowjetunion wie auch das Eintreten Bundeskanzler Kohls für ein solches Programm hat in erster Linie politische Gründe: Die Amerikaner wollen zumindest solange keine Milliarden-Kredite an Moskau vergeben, wie die Sowjetunion ihre Rüstungsproduktion nicht stärker drosselt und ihre Militärhilfe nicht einstellt. Der Bundeskanzler sieht dagegen in solchen Krediten vor allem eine Gegenleistung für bisherige und zukünftige politische Zugeständnisse Moskaus im Zuge des deutschen Einigungsprozesses.

Gegen eine – oft als Marshallplan apostrophierte – massive Finanzhilfe für die Sowjetunion sprechen jedoch auch gewichtige ökonomische Argumente: Der Beitrag des Marshallplans zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Westeuropas wird im allgemeinen stark überschätzt; zudem ist sein Erfolg im Hinblick auf die UdSSR kaum wiederholbar. Zwar hat die Marshallplanhilfe den wirtschaftlichen Aufbau vor allem der jungen Bundesrepublik materiell und psychologisch gefördert, doch viel wichtiger für das Wirtschaftswunder als die ERP-Hilfe von nur 1,317 Mrd. \$ (nach heutiger Kaufkraft circa 4-4,5 Mrd. \$) waren andere Faktoren. So verfügte die Bundesrepublik ebenso über eine marktwirtschaftliche Ordnung mit einer stabilen Währung wie über eine international durchaus wettbewerbsfähige, technologisch auf der Höhe der Zeit befindliche Industrie, ein riesiges Potential unternehmerisch denkender Persönlichkeiten und eine breite Schicht gut ausgebildeter Facharbeiter – ganz zu schweigen von einer Bevölkerung mit hoher Arbeitsmoral, die das marktwirtschaftliche System und die damit verbundene soziale Differenzierung akzeptierte und bereit war, Opfer zu bringen.

An alledem fehlt es in der Sowjetunion. Sie hat nicht nur keine Markt-



Dieter Lösch

Ein Marshallplan für die UdSSR?

wirtschaft, sie ist bisher nicht einmal willens, eine solche einzuführen. Ziel der Reformpolitik ist noch immer nicht die Einführung der Marktwirtschaft als Wirtschaftssystem, sondern der hoffnungslose Versuch, durch die bloß selektive Übernahme einzelner Elemente marktwirtschaftliche Effizienz zu erreichen, ohne die staatliche Kontrolle über die Wirtschaft aufzugeben und ohne unvermeidliche Begleiterscheinungen der Marktwirtschaft wie Arbeitslosigkeit, Verteilungsunterschiede, soziale Härten, „ungerechte“ Preise, Konkurse usw. in Kauf nehmen zu wollen. Dadurch ist ein hybrides Wirtschaftssystem entstanden, in dem die nur noch in Teilbereichen funktionierende staatliche Lenkung falsche Handlungsparameter für die noch kaum vorhandenen marktwirtschaftlichen Inselbereiche setzt und in dem das chaotische Nebeneinander von rudimentärer Lenkungs- und Leitungsbürokratie, Rent-seeking und Spekulation offenbar zu größeren Fehlleitungen von Ressourcen führt, als dies zuvor in der Kommandowirtschaft der Fall gewesen ist. Hinzu kommt, daß es bisher nicht nur nicht gelang, die Geld- und Währungsordnung zu sanieren, sondern daß statt dessen deren Zerrüttung progressiv zu-

nimmt. Man muß kein Prophet sein, um vorauszusagen, daß in diesem desolaten ordnungspolitischen Umfeld auch noch so hohe Devisenkredite keinen wirksamen Beitrag zur wirtschaftlichen Gesundung leisten werden.

Obwohl wirtschaftlich gesehen unsinnig, könnten umfangreiche Kredite an die UdSSR Gorbatschow insofern helfen, als sie dazu beitragen könnten, die von der verfehlten Reformpolitik verursachten Krisenerscheinungen in der Sowjetunion vorübergehend abzumildern und damit den wirtschaftlichen Offenbarungseid des Kreml, der zu Gorbatschows Sturz führen könnte, noch für ein bis zwei Jahre hinauszuschieben. Der Sowjetunion würde damit aber ein Bärendienst erwiesen. Der Reformdruck würde gemildert und die Auslandsverschuldung verdoppelt, so daß sich die heutigen Probleme bald erneut und verschärft stellen würden.

Anzustreben wäre deshalb ein neuer Weltwirtschaftsgipfel, zu dem die Sowjetunion einzuladen wäre und auf dem Gorbatschow als Gegenleistung für verpflichtende Zusagen zur Einführung der Marktwirtschaft – nach dem Muster des deutsch-deutschen Staatsvertrages – verbindliche Hilfen für den Übergangsprozeß zugesichert werden müßten. Die USA, die EG und Japan müßten sich verpflichten, der Sowjetunion gemeinsam bei der sozialen Abfederung und – unter Einbeziehung des IWF – der außenwirtschaftlichen Absicherung des Übergangs zur Marktwirtschaft zu helfen, ähnlich wie dies die Bundesrepublik im Fall der DDR getan hat. Für diesen Zweck wäre der Einsatz eines weitaus größeren Hilfsfonds als bisher diskutiert notwendig, aber auch durchaus zu rechtfertigen. Denn auf diese Weise hätte die Sowjetunion wenigstens die Chance, mit der Etablierung einer funktionsfähigen Marktwirtschaft die Grundlage für die Gesundung ihrer Wirtschaft zu legen.